

# Amer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers...  
Nr. 301

Veröffentlichung des Anzeigers...  
23. Jahrgang

Erzgebirge: Erzgebirger Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 301

Freitag, den 28. Dezember 1928

23. Jahrgang

### Wie Frankreich die Abrüstung aufbaut

Wiederherstellung des Friedens in Europa und Weltfrieden im Sinn.

Die Generalansprache über das Heeresbudget im französischen Senat gab Anlaß zu einer Auseinandersetzung zwischen Senator de Jouvenel und Kriegsminister Painlevé. De Jouvenel führte aus: Achtzig Prozent unserer budgetären Ausgaben sind unproduktiv, nämlich für Schulen und Militärausgaben vorbehalten. In Deutschland übersteigt die entsprechende Verhältniszahl nicht lediglich Prozent, ungeachtet allerdings der Sachlieferung. Es eine außergewöhnliche Prämie für die industrielle Produktion darstellen. Dem Anschein nach, wenigstens in den Augen der Welt, bezahlt also Frankreich die höchste Sicherheitsprämie in Form von Militärausgaben. Ist aber um diesen Preis unsere Sicherheit wenigstens gesichert? Die deutschen modernen Kriegstheoretiker sind der Ansicht, daß eine kleine, gutbewaffnete Truppe, die über sämtliche vervollkommenen Herstellungsmittel verfügt, ein größeres, aber gut ausgerüstetes Heer zum Kanonenfutter machen würde. Mit der kurzfristigen Dienstzeit, mit den Gefahren des Transports von afrikanischen Truppen zu Beginn eines Krieges würde Frankreich also in Wirklichkeit nur über Bestände verfügen, die gegenüber Deutschland, dessen Bestände immer bereit und vollständig sind, nicht ausreichen würden. Hat nicht General Rollet erklärt, daß der Versailler Vertrag Deutschland mit dem wirklich modernsten Heer ausgestattet hat? Paul Boncour hat das Einstellen der Rüstungen gefordert. Wie bringt er das in Einklang mit der Erhöhung der französischen Militärausgaben? Wenn im kommenden März Frankreich nicht die Wiederherstellung der Rüstungen vorschlägt, dann wird es die Wiederaufnahme des Vertrags anerkennen haben. Deutschland wird davon Notiz nehmen und die gesamte deutsche Nation in seine Rader einfügen.

#### Kriegsminister Painlevé

antwortete: Frankreich hat in Genf nicht Verpflichtungen übernommen, sondern Initiativen ergriffen, und es ist nicht sein Fehler, wenn diese Initiativen wirkungslos blieben. De Jouvenel schien für ein Berufsheer einzutreten; ein derartiges Heer ist aber nicht ein Heer der nationalen Verteidigung. Ein Berufsheer würde auch nicht billiger zu stehen kommen als ein Nationalheer. Was hat auf den Friedenspakt angespielt, um ihn mit den französischen Militärausgaben in Gegensatz zu bringen. Präsident Coolidge, der diesen Pakt anregte, hat doch selbst kürzlich geschrieben, daß die Länder, die ernstlich ihre Verteidigung organisieren, am besten dazu beitragen, den Frieden zu garantieren, und daß die Katastrophe von 1914 früher ausgebrochen wäre, wenn die bedrohten Länder sich nicht gekümmert hätten. Wir werden diesen Worten, die dem gesunden Menschenverstand entsprechen, treu bleiben.

#### Weihnachtsaufsätze des Reichskanzlers.

Die sozialdemokratische Presse veröffentlicht einen Artikel des Reichskanzlers Hermann Müller, der einen Ausblick auf das Jahr 1929 enthält. In der Forderung der Räumung der besetzten Gebiete, und zwar im Interesse der dauernden Befriedigung Europas, in der Betonung des fernbewussten Charakteres der Saarbevölkerung, in der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes auch für die deutschen Stämme im Reich und in Österreich, so betont der Reichskanzler, ist sich die deutsche Sozialdemokratie mit dem gesamten deutschen Volke einig. Die Behandlung der Deutschen als Gleichberechtigte gehört auch zu den Sicherungen, die für einen Dauerfrieden notwendig sind. Für einen Dauerfrieden ist es aber auch notwendig, daß wie Briand sagt, endlich alle Reste aus der Kriegszeit liquidiert werden. Dazu gehört auch, daß endlich festgelegt wird, was Deutschland zu zahlen hat. Wenn die Sachverständigen die gegenwärtige Lage der deutschen Wirtschaft feststellen wollen, müssen sie eine ernsthafte Prüfung vornehmen, um zu erkennen, was aus eigener Kraft geleistet werden kann. Die Lösung muß so erfolgen, daß die deutsche Währung gesichert und eine neue Inflation unter allen Umständen ausgeschlossen bleibt.

#### Das Reichswehrministerium.

An der Spitze seiner Weihnachtsnummer bringt der „Berliner Börsen-Courier“ einen Artikel „Rückblick und Ausblick“ des Reichswehrministers Generalleutnant Dr. Grosse. In diesem Artikel bezeichnet er die Reichswehr als Grenzwehr und Notwehr, die lediglich dazu berufen sei, einen eindringenden Feind den Vormarsch zu wehren, bis die dazu berufenen internationalen Instanzen den Friedensbrecher zur Ruhe weisen. Diese Wehrmacht, die dem ganzen Volke und dem Vaterland dient, „das Keckeln einer Partei“, noch weniger einer Partei, ist dem Reich und dem Vaterland ein Segen.

### Amerika hält sich offiziell fern

Amerikanische Sachverständige für den Sachverständigen-Ausschuß

Im Auftrag der sechs Mächte, die auf der Septembertagung des Völkerbundes die Einsetzung eines Finanzsachverständigenausschusses zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage beschlossen, sprach am Vorabend vor Weihnachten der englische Botschafter in Washington, Sir Esme Howard, im Weißen Hause vor, um die Zustimmung der nordamerikanischen Regierung zur Anteilnahme zweier Amerikaner an diesem Sachverständigenausschuß einzuholen. Staatssekretär Kellogg war ebenso wie Präsident Coolidge auf diesen Besuch vorbereitet. So dauerte es denn nicht lange, bis die Antwort erteilt wurde: Wenn es die sechs Mächte wünschen, daß Bürger der Vereinigten Staaten sich an dem Finanzsachverständigenausschuß beteiligen, dann hat der Präsident nichts dagegen einzuwenden, falls die Auswahl der Sachverständigen durch diese sechs Regierungen selbst erfolgt.

Was man erwartete, ist also eingetreten. Die Regierung der Vereinigten Staaten Nordamerikas lehnt es ab, die amerikanischen Finanzsachverständigen selbst zu ernennen und überläßt es den sechs Regierungen, den fünf Gläubigermächten und dem deutschen Schuldnerstaat, sich auf Persönlichkeiten zu einigen, die nicht nur in der Finanzwelt im allgemeinen und in der Reparationsfrage im besonderen sich auskennen, sondern auch die Gewähr dafür geben, daß sie vorurteilsfrei an die ungeheure schwierige Frage herantreten. Es dürfte kaum allzu leicht fallen, trotz der großen Auswahl, über die Amerika verfügt, sich auf zwei Persönlichkeiten zu einigen.

Da im übrigen noch nicht einmal alle fünf Gläubigermächte sich über ihre Finanzsachverständigen einig sind, ist mit einem schnellen Zusammenritt des Ausschusses der Finanzsachverständigen nicht zu rechnen. Da überdies noch darauf Rücksicht genommen werden soll, daß einige Finanzsachverständigen mehrere Wochen Fahrzeit benötigen, um von ihrer Heimat nach Paris zu gelangen, wo der Finanzsachverständigenausschuß erstmals zusammentritt, so ist nicht anzunehmen, daß der Finanzsachverständigenausschuß vor Anfang Februar zusammentritt, selbst wenn sich die sechs Mächte schnell auf die beiden amerikanischen Sachverständigen einigen sollten.

Alle Sachverständigen sollen unabhängig und an Weisungen ihrer Regierungen nicht gebunden sein. Trotzdem ist nicht daran zu zweifeln, wie der Pariser „Temps“ berichtet, daß die Auswahl der Persönlichkeiten jeweils „mit gutem Vorbedacht“ getroffen wurde. Schließlich bleibt es auch den Regierungen überlassen, ob sie die Vorschläge des Finanzsachverständigenausschusses annehmen oder ablehnen wollen. Doch stehen sich die Auffassungen der einzelnen Regierungen, auch ihre Wünsche und Forderungen, scharf gegenüber. Am Weihnachtabend ließ der französische Ministerpräsident Poincaré amtlich verkünden, daß Frankreich an seinen Forderungen festhält, die von der Regierung der Republik in ihrem Aide-Memoire vom 30. Oktober verkündet und von Poincaré in seinen Reden zu Chambery und Genéva ausgesprochen wurden. Demnach verlangt Frankreich von Deutschland nicht nur die vollständige Bezahlung seiner eigenen Schulden, sondern darüber hinaus auch noch eine „gerechte Entschädigung für seine Wiederaufbauleistungen“. Ebenso wie Frankreich halten England an den Forderungen der Balfour-Note, Belgien an seinen alten Re-

parationsforderungen und die übrigen Reparationsgläubiger an ihren Sonderforderungen fest. Selbst die Vereinigten Staaten halten die Forderungen aufrecht, die ihnen auf Grund des unter den Gläubigermächten vereinbarten Verteilungsschlüssels zugehen. So sind denn die Schwierigkeiten des kommenden Finanzsachverständigenausschusses ungeheuer groß. Die Verhandlungstüren aber stehen offen.

### Unter Recht auf Räumung

Reichsaußenminister Dr. Stresemann legt in einer Unterredung mit dem Berichterstatter der „Baltimore Sun“ das deutsche Recht auf Räumung dar und wendet sich dabei insbesondere gegen die Erklärungen, die der englische Außenminister im Unterhaus und der Vorkanzler im Oberhaus abgegeben haben. Nach diesen Erklärungen wäre der Artikel 431 des Versailler Vertrages nur dann anwendbar, wenn Deutschland seine gesamte Reparationsschuld reiflos abgetragen hätte. „Diese Ansicht steht schon“, so erklärt Dr. Stresemann, „mit dem Wortlaut in Widerspruch, da in diesem nicht von dem Falle die Rede ist, daß Deutschland alle seine Verpflichtungen erfüllt hat, sondern vielmehr von dem Falle daß es sie erfüllt.“

Niemand konnte bei Aufstellung der Versailler Vertragsbedingungen irgendwie die Möglichkeit ernsthaft in Betracht ziehen, daß Deutschland imstande sein werde, den Gesamtbeitrag der ihm auferlegten Reparationen vor dem Jahre 1935 zu bezahlen.

Katzenbach hat auch niemand an diese Möglichkeit gedacht, da der Versailler Vertrag selbst ausdrücklich von einer Frist von 30 Jahren für die Bezahlung der deutschen Reparationsschulden ausgeht.

Um die Richtigkeit der deutschen Auffassung, daß auch hinsichtlich der Reparationen die Voraussetzung des Artikels 431 bereits erfüllt ist, außer Zweifel zu setzen, weist Dr. Stresemann auf folgende Punkte hin: Der Dawesplan hat für die regelmäßige Zahlung der in ihm festgesetzten Jahreszahlungen Pfänder geschaffen, die den Gläubigern volle Sicherheit gewähren. Diese Pfänder sind eine freiwillige Leistung über den Vertrag hinaus. Die in ihrer Wirksamkeit weit über das Jahr 1935 hinausreichenden Vereinbarungen über den Dawesplan würden völlig genügen, um bei einer lokalen Auslegung des Artikels 431 dessen Voraussetzung als erfüllt anzusehen.

Die deutsche Auffassung findet eine bedeutende Bestätigung in der in letzter Zeit schon oft erwähnten Erklärung, die am 18. Juni 1919 hinsichtlich der Besetzung deutschen Gebietes von Wilson, Clemenceau und Lloyd George unterzeichnet wurde. Wir halten uns für berechtigt, die Frage zu stellen, ob man etwa bestreiten will, daß Deutschland Beweise seines guten Willens und ausreichende Garantien im Sinne dieser Erklärung gegeben hat.

Zum Schluß spricht Dr. Stresemann die Erwartung aus, daß die deutschen juristischen Argumente auf die Dauer nicht ohne Wirkung bleiben und daß sie zusammen mit den nicht weniger starken politischen und moralischen Argumenten dazu führen werden, die Besetzung deutschen Gebietes, dieses letzte militärische Nebenbeispiel aus dem Weltkrieg, endlich zu befeitigen.

schließt den Artikel mit den Worten: „Ich lege der Zukunft, daß Heer und Flotte immer mehr Anrechnung bei der Volksgemeinschaft finden werden.“

#### Reichsfinanzminister Dr. Brüning

behandelt „Wirtschaftsprobleme der Zukunft“. Er spricht von den finanziellen Hemmnissen, die zurzeit und bis auf weiteres den deutschen Wirtschaftsplänen entgegenstehen, so daß sowohl die Arbeiten an den Kanälen wie am Flugwesen usw. leider nur langsam vor sich gehen können. Durch Einblöckerisierung und Beteiligung von Sachverständigen und Laien hofft der Minister, den Verkehrsproblemen dienlich sein zu können. Besondere Aufmerksamkeit wird der Binnenwirtschaft sowie dem Problem der Konkurrenz zwischen Kraftwagenverkehr und Eisenbahn zugewandt. Ueber den Konflikt mit dem Reichsgerichtspräsidenten spricht der Reichsfinanzminister sein lebhaftes Bedauern aus, ebenso über die Schwierigkeiten, die der Umstellung des Verkehrsverkehrs im besetzten Gebiete noch immer entgegenstehen. Hierbei unterstreicht er besonders den Widerstand gegen den Bau der drei Rheinbrücken bei Ludwigshafen, Speyer und Mainz. Er schließt seinen Artikel mit den Worten: „Daß das deutsche Volk nicht unter Druck und

Soar im neuen Jahr wieder unter die volle Souveränität des Reiches zurückzuführen möge, in freier Luft atmen kann, ist mein erster und herzlichster Wunsch für 1929.“

#### Der Freiheitskampf der Kroaten

Eine Erklärung Dr. Matichet's.

Die „Agrarier“ veröffentlicht eine Erklärung des Vorsitzenden der kroatischen Bauernpartei, Dr. Matichet, in der dieser betont, daß besonders das tausendjährige unterdrückte, aber niemals niedergebückte Königreich Kroatien mit dem Königreich Serbien völlig gleichberechtigt sein müsse. Dr. Matichet sagt dann, daß Dr. Rastawitsch (Serbe) nach dem 30. Juni, dem Tage des Todes in der Nationalversammlung, bei einer Gelegenheit ironisch gesagt habe: „Und? Die Türkei hat die Armenier abgeschlachtet, und Europa hat darüber sechs Monate geschrieben. Was macht es aus, wenn Europa auch über Serbien sechs Monate schreibt?“ Dr. Rastawitsch sagte, Dr. Matichet habe sich gewünscht, Kroatien sei durch seine Kultur so eng mit Europa verknüpft, daß Europa auf die Abschaffung der kroatischen Kultur verzichten müsse.